

50. EAK-Bundestagung am 19. Juni 2015

Rede Parteivorsitzende Dr. Angela Merkel

Lieber Thomas Rachel,
liebe Freunde des EAK

Ich möchte als erstes sagen, dass ich mich freue, heute auf der 50. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises zu sein. Kurzzeitig war ich ja selbst mal Vorsitzende. Ich erinnere mich gerne an diese Zeit und gratuliere deshalb auch ganz herzlich zu dieser 50. Tagung, die wieder viel Spannung verspricht. Und ich möchte erst einmal ganz herzlich Thomas Rachel zu seiner Wahl gratulieren. Ich wünsche viel Kraft für die weitere Arbeit, genauso wie allen anderen, die eben gewählt wurden. Auf gute Zusammenarbeit mit dem Evangelischen Arbeitskreis.

Meine Damen und Herren, der Evangelische Arbeitskreis hat sehr erfolgreich gearbeitet und unserer Arbeit im Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen-Union wichtige Impulse gegeben. Ich will an den Einsatz für die Freilassung von inhaftierten Christen erinnern. Das zeigt das „C“ im Namen unserer Partei. Das Bekenntnis zur Evangelischen Kirche ist gelebte Realität. Wir wissen, dass im Augenblick viele Christen auf der Welt verfolgt werden. Wir wissen, dass so viele Menschen vor Flucht und Vertreibung Sorge haben müssen. Denn eins kann man sagen: Wo keine Religionsfreiheit herrscht, da herrscht auch keine Freiheit im umfassenden Sinne. Und ich bin dankbar, dass wir mit dem Stephanuskreis in unserer Bundestagsfraktion, mit Volker Kauder als Fraktionsvorsitzendem, der das so intensiv betreibt, jetzt auch eine Gruppe im Bundestag haben, die sich mit dem Thema der Christenverfolgung beschäftigt. Viele Kolleginnen und Kollegen, die dort engagiert sind, werden die Erfahrung gemacht haben: Vor Ort stoßen Veranstaltungen, in denen es um Christenverfolgung geht, auf sehr großes Interesse. Wir neigen ja manchmal dazu, zu glauben, wir müssten immer nur über Steuersysteme sprechen. Nichts gegen die kalte Progression und nichts gegen die Gewerbesteuer - aber es gibt eben auch gerade solche Fragen, die Menschen auch sehr berühren, sehr interessieren und mit denen wir auch Menschen in der Gesellschaft, weit über die Mitgliedschaft in der Christlich-Demokratischen-Union hinaus, abholen können. Und ich bedanke mich, dass der Evangelische Arbeitskreis immer wieder deutlich gemacht hat: Religionsfreiheit ist nicht verhandelbar. Das ist eine Position der Christlich-Demokratischen-Union.

Die Bindung an eine Kirche ist nicht nur international ein großes Thema. Auch viele von uns beschäftigt die Frage des gelebten Glaubens als Christ in einer Gesellschaft, die zunehmende Tendenzen der Säkularisierung aufweist. Und da möchte ich Ihnen zurufen: Seien Sie mutig im Bekenntnis und nachsichtig im Erklären, weil vieles an Wissen, an reinem Faktenwissen, ganz zu schweigen vom Glauben, ja oft gar nicht mehr vorhanden ist. Aber die Frage, welche Rolle Religion in unserer Gesellschaft spielt, hängt natürlich ganz wesentlich auch davon ab, wie viele religiös gebundene Menschen - in diesem Fall, Menschen, die dem Christentum beziehungsweise der protestantischen Kirche angehören - sich auch öffentlich äußern. Es ist weder verboten, Weihnachtslieder zu singen, noch ist es verboten, über christliche Festtage zu sprechen oder ein Stück aus der Bibel zu zitieren. Also seien Sie mutig und offen und sprechen Sie von Ihrem eigenen Glauben. Ich glaube, das ist in unseren heutigen Zeiten wichtig. Denn es ist meine Erfahrung, dass die Frage nach dem Sinn des Lebens, die Frage nach Sinnstiftung, nach der Grundlage unseres Wertesystems, etwas ist, was viele Menschen umtreibt - auch die, die nicht jede Woche zur Kirche gehen. Deshalb ist es eine gute Zeit, um auch über Religion zu sprechen, und diese Chance sollten wir nutzen. Und es gibt ja auch durchaus eine Diskussion darüber, wie das mit dem Islam in unserer Gesellschaft ist. Auch hier ist es ganz wichtig für mich, dass wir nicht - nur, weil wir selber nicht selbstbewusst genug sind, über unseren Glauben zu sprechen - andere dafür bezichtigen, dass sie es tun. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir das auch tun. Denn ein Dialog zwischen den Religionen kann ja nicht mit Teilnehmern stattfinden, die keiner Religion angehören. Ich muss schon für meine Religion streiten. Ich muss schon wissen, warum ich dieser Religion angehöre. Ich muss schon überzeugt sein, dass mein Glaube mit mir identisch ist und dass ich daraus auch die Kraft schöpfe, für mein Religionsverständnis zu kämpfen.

Wir gehen jetzt auf das Jahr 2017 zu. Debatten über die Frage, was Katholiken und Protestanten unterscheidet, können, bei aller Ökumene, nicht schaden. Denn es ist schon richtig: Wenn es nicht mehr so viele Christen gibt wie früher, schwindet manchmal auch die tiefere Betrachtung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Protestanten und Katholiken. Ich glaube, es schadet nicht, darüber zu sprechen, was uns, im guten Sinne, unterscheidet. Und gleichzeitig ist es richtig zu sagen, dass das „C“ in dem Parteinamen der Christlich-Demokratischen-Union, ein verbindendes „C“ ist. Ein „C“, das bedeutet, dass wir uns in der gesellschaftlichen Diskussion nicht auseinander dividieren lassen, sondern um gemeinsame Positionen kämpfen sollten. Aber das macht es noch nicht obsolet, durchaus als Evangelischer Arbeitskreis auch über unterschiedliche Sichtweisen zu sprechen. Und natürlich kommt etwas hinzu, nämlich, dass Religion sehr viel beiträgt zum Zusammenhalt in unserem Land. Wenn ich nur an Diakonie und Caritas

erinnere, wenn ich an das Ehrenamt erinnere, wenn ich an Familien erinnere, an Erziehung, Bildung, Seelsorge, Krankenpflege – dann sind dies alles Teile des Zusammenlebens in einer Gesellschaft. Und dieser Zusammenhalt ist so unendlich wichtig zwischen den Generationen, zwischen den verschiedenen Religionen, zwischen den Regionen in Deutschland. Und die Christlich-Demokratische Union ist deshalb so erfolgreich, weil sie Verschiedenartigkeit zulässt, stolz darauf ist, dass wir unterschiedlich sind. Regional, föderal, Katholiken und Protestanten, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Jüngere und Ältere - all das macht den Charakter einer Volkspartei aus, und deshalb müssen wir uns auch für den Zusammenhalt der Gesellschaft besonders verantwortlich fühlen.

Nun haben wir Christen und auch andere Religionsgemeinschaften, wie das Judentum, ein gewachsenes Verhältnis zum Staat, das durch das Staatskirchenrecht festgelegt ist. Dieses Verhältnis zeichnet sich durch die Unterschiedlichkeit von Staat und Religion auf der einen Seite, aber auch dem Staat als Ort der Religion in unserer Gesellschaft, als Ort des Christentums, aus. Wir haben eine spannende Debatte darüber, wie sich das nun mit dem Islam verhält. Und ich glaube, da sollte sich der Evangelische Arbeitskreis, da sollten wir uns als CDU, durchaus einmischen. Denn zum Schluss dürfen nicht reine Praktikabilitätsgründe darüber entscheiden, wie wir denn nun das Verhältnis von Staat und Islam definieren, nur damit wir ein Konstrukt finden, um Islamunterricht an Schulen durchzuführen. Wer sind die Repräsentanten des Islam? Ich habe mich neulich mit den Hochschulprofessoren der Universitäten, die Imamausbildung und Religionslehrerausbildung für den Islam machen, unterhalten. Und da gibt es durchaus ihrerseits die Beobachtung, dass bestimmte Vereine nicht automatisch die Repräsentanten des Islam sind. Und insofern haben wir an dieser Stelle noch einiges zu tun. Das ist vor allen Dingen Ländersache, aber ich bitte Sie, diese Debatte auch durchaus in den Bundesländern sehr intensiv zu verfolgen und zu schauen, dass wir hier zu tragfähigen Konstruktionen kommen.

Ich spreche über all das, weil wir gerade Geburtstag feiern. 70 Jahre CDU. Am 29. Juni wird der Festakt hier in Berlin im E-Werk sein. Das zeigt, dass wir der Feier auch ein Stück Werkstattcharakter geben wollen. Wir haben viele Zukunftsherausforderungen und können uns nicht alleine auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen. Aber die Erfolgsgeschichte der Christlich-Demokratischen Union gibt Mut zur Zukunft. Sie bietet Gewissheit, dass wir auch die Themen der Zukunft bewältigen können. In der Woche der CDU stellen die drei Zukunftskommissionen zu den Fragen „Zusammenhalt in der Gesellschaft“, „Zukunft der Arbeit“ beziehungsweise „Arbeit der Zukunft mit Hinblick auf die Digitalisierung“ und „Was heißt nachhaltiges Leben?“ ihre Arbeit vor. Der Generalsekretär wird über die Arbeit der Kommission „Meine

CDU“ berichten. Am Freitag wird es dann einen Tag der Vereinigungen geben, da gehört der EAK natürlich dazu. Die Vereinigungen haben sich, was auch nicht alltäglich ist, zusammengesetzt und gesagt: Wollen wir uns nicht in einer solchen Woche der CDU in unserer Vielfältigkeit präsentieren? Ich finde das gut. Und am Samstag öffnen sich die Tore dieses Konrad-Adenauer-Hauses, wir machen einen Tag der offenen Tür und laden ein, zu uns zu kommen, uns Fragen zu stellen, mit uns ein Stück weit zu diskutieren und sicherlich auch Spannendes zu erleben.

Ich habe mir gerade eben in der Konrad-Adenauer-Stiftung ein Buch angeschaut über die Plakatentwicklung der Christlich-Demokratischen Union. Deutschland befand sich damals in einem Zustand der Zerstörung, auch der geistigen Zerstörung an vielen Stellen, und es war bewundernswert, dass es Menschen gab, die bereit waren in die Zukunft zu sehen. Menschen, die sehr schnell Lehren aus der Vergangenheit ziehen konnten. Wir, die wir christliche Werte teilen, müssen zusammen halten und ich zitiere nochmal aus dem Berliner Gründungsaufwurf – es ist sehr spannend einige Gründungsaufwürfe zu lesen, ich hab neulich mal aus dem Kölner Gründungsaufwurf gelesen, heute also aus dem Berliner: „Aus dem Chaos von Schuld und Schande kann eine Ordnung in demokratischer Freiheit nur gelingen, wenn wir uns auf die kulturgestaltenden, sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquelle erschließen.“ Zitat Ende. Das heißt, das Wertefundament von CDU und CSU war damals unsere Kraftquelle und ist etwas, das uns durch die sieben Jahrzehnte trägt. Es ist auch heute unsere Kraftquelle. Es wird ja manchmal gefragt: „Werfen wir alles über Bord?“ Nein. Das was hier als Kraftquelle beschrieben ist, das ist heute so aktuell für uns, wie es damals war. Die Frage ist dann, was sich daraus ableitet. Und wie ist das mit dem Verhältnis von dem Bewährten, dem, was wir bewahren wollen, und dem Neuen, dem, was wir wagen wollen. Und Christine Lieberknecht weiß sicherlich auch, was ich meine, wenn ich von Klaus Peter Hertzsch und dem Lied aus der Wendezeit 1989 zitiere. Das Lied heißt „Vertraut den neuen Wegen“. In der ersten Strophe heißt es dort - viele werden es kennen: „Vertraut den neuen Wegen, auf die der Herr uns weißt, weil das Leben heißt sich regen, weil Leben wandern heißt.“ Und dieses Wandern in der Zeit, das ist es, was uns leiten sollte - aber eben ein Wandern mit einem Stück Gottvertrauen. Das ist das Selbstverständnis der Union. Manchmal müssen wir uns daran erinnern. Ich werde nicht vergessen, wie ich mal auf einer Podiumsdiskussion in Hannover saß - manch einer hat es vielleicht schon mal gehört - und bohrend nach irgendetwas gefragt wurde. Ich habe mich immer mehr verzettelt und irgendwann sagte die daneben sitzende Bischöfin Käßmann: „Naja, manchmal braucht man auch einfach ein bisschen Gottvertrauen.“ Und das hat mich dann aus der Situation herausgebracht, in der ich sichere Antworten auf die Zukunft geben sollte – was man gar nicht

konnte – aber wovon ich trotzdem überzeugt war, dass es richtig und wahrscheinlich ist. Und da war das Wort „Gottvertrauen“ ein bisschen wie eine Erlösung.

Nun haben Sie sich als Evangelischer Arbeitskreis immer wieder bei Ihren Bundestagungen als eine Art Denkfabrik in der Union, sowohl für CDU als auch für CSU, herauskristallisiert. Und das heißt, dass Sie auch immer wieder schwierige Themen anpacken. Gerade Themen, die sich um den Lebensbogen ranken, Anfang und Ende des Lebens. Da, wo sicher viele Fragen über unser Verständnis von der Würde des Menschen aufkommen. Und diesmal heißt der Titel „Menschenwürde am Ende des Lebens“ und dazu will ich einige Bemerkungen machen, obwohl ich nicht zu den Kundigsten und am meisten Eingearbeiteten gehöre. Sie werden später mit Hermann Gröhe jemanden haben, der sich nicht nur mit der ethischen Debatte sehr intensiv beschäftigt hat, sondern eben auch mit der gesetzgeberischen Debatte, damit, was man tun kann, um das Ende des Lebens auch vertretbar und würdevoll zu gestalten. Wir wünschen uns alle, dass wir ein Leben ohne Leid und Schmerzen haben, aber wir dürfen ja nicht, weil dies unser gemeinsamer Wunsch ist, der Versuchung erliegen, Leid und Schmerzen aus dem öffentlichen Leben zu verbannen. Sondern sie gehören zum Leben dazu und deshalb ist es für uns als Christen auch wichtig, bei aller Lebensfreude, deutlich zu machen, dass es Menschen gibt, die schwach sind, die krank sind, die wehrlos sind. Auch ganz im Sinne des Matthäusevangeliums, in dem es heißt: „Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan. Und jeder, der heute vermeintlich stark ist, kann morgen schwach sein. Und jeder, der schwach ist, kann morgen wieder anderen Kraft geben.“ Und natürlich gehört zu diesem Thema auch, dass der Mensch stirbt. Und eigentlich sind wir durch die Geschichte von Jesus darauf auch bestens vorbereitet. Jahr für Jahr gehen wir durch das Kirchenjahr und wissen von Geburt und Tod und Kreuzigung und Auferstehung. Und dennoch ist es für jeden einzelnen nicht einfach sich mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Und ich finde auch, dass all diese Debatten über die Patientenverfügung, jetzt auch über „Sterbehilfe: Ja oder Nein“ besonders schwer sind, weil man ja rational genau weiß, dass man in der Verfassung, in der ich und andere heute sind, gar nicht ganz ermessen kann, wie ich entscheide und fühle und denke, wenn ich schwächer oder vielleicht ganz schwach bin. Und deshalb ist für mich innerlich auch immer wichtig, dass wir nicht so tun, als könnten wir alles bis ins allerletzte regeln und voraussagen. Deshalb ist es so wichtig, dass man Menschen hat, denen man vertraut. Dass man rechtliche Konstruktionen finden kann, dass diese Menschen auch für mich mitentscheiden können, dass ich nicht in eine anonyme Entscheidungswelt hineinfalle. Und es ist wichtig zu verstehen – ich glaube, das kann man für die allermeisten sagen, da wir alle Menschen kennen, die schwächer sind - Lebensfreude kann man

auch haben, wenn man schwach ist. Und wir sollten sehr vorsichtig sein, irgendwie zu definieren, ab wann Leben nicht mehr menschenwürdig ist. Das ist ja auch das, was uns in dieser gesamten Diskussion um Sterbebegleitung und Sterben in Würde so beschäftigt. Als Bundestagsabgeordnete sind wir aufgefordert gesetzliche Regelungen zu treffen. Wir können Debatten führen, aber zum Schluss heißt es immer – anders als in einer Parteidiskussion: Was folgt daraus jetzt für den Gesetzgeber? Und da ist es sehr wichtig zu unterscheiden, wo ich Leitplanken ziehen und sagen muss: Das will ich auf keinen Fall. Wo muss ich aber vielleicht auch ein wenig Mut zur Lücke lassen, weil ich bestimmte Dinge nicht werde generalisieren können? Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns alle einig darüber sind, dass wir die Frage der Suizidbeihilfe gesetzlich regeln und die verschiedenen Gruppenanträge diskutieren wollen. Ich will nicht verhehlen, dass mich ein Antrag besonders beschäftigt: Das ist der Antrag von Michael Brandt, der die geschäftsmäßige Suizidbeihilfe unter Strafe stellen will. Nach meinem jetzigen Erkenntnisstand - wir haben ja noch ein paar weitere Debatten - werde ich diesen Antrag unterstützen. Und ich freue mich, dass es gelungen ist, in einer breiten Debatte viele andere Gedankengänge in diesen Antrag zu integrieren. Es darf mit dem Tod und dem Sterben kein Geschäft gemacht werden, das ist das Credo. Und Tod und Sterben dürfen nicht durch sogenannte Vereine oder Einzelpersonen organisiert werden. Und ganz wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass wir, weil wir in einer Gesetzgebung an Grenzen stoßen, nicht nur das regeln dürfen, was nicht geht. Wir müssen auch eine Verantwortung dafür haben, dass Sterben würdevoll erlebt werden kann. Deshalb ist für uns alle auch der Ausbau der Palliativ- und Hospizversorgung ein unbedingtes Muss.

Wir haben in dieser Woche in erster Lesung zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland beraten. Und wir werden auch bei der Verabschiedung unserer Regelungen die Sterbehilfe betreffend berücksichtigen, wie Palliativ- und Hospizversorgung in Deutschland geregelt werden. Wir brauchen flächendeckende Angebote und Hermann Gröhe wird sicherlich in seinem Vortrag noch Vieles dazu sagen. Ich finde es sehr gut, dass wir inzwischen offen und in der breiten gesellschaftlichen Diskussion darüber sprechen können und ich möchte allen, die sich in der Hospizbewegung engagieren, ein Herzliches Dankeschön sagen. Das ist, an vielen Stellen, eine mutige Arbeit und ein wirklicher Dienst am Nächsten.

Ich will an dieser Stelle hinzufügen, dass wir bei vielen Themen, die eine ethische Dimension haben - und so ist es auch bei diesem Thema wieder - gelernt haben, in der Union in großem Respekt voreinander und miteinander zu diskutieren. Wer sich zum Beispiel an die Debatten auf dem Parteitag zur Präimplantationsdiagnostik erinnert, das waren oft knappste Entscheidungen

und wir haben sie immer so geführt, dass hinterher der Dialog weiter möglich war. Ich glaube, das ist etwas, was, gerade auch für uns als Volkspartei, ganz wichtig ist. Und es ist etwas, das viele Menschen sehr intensiv mitverfolgen, weil viele von ihnen ja auch um ihre Positionen ringen. Und gerade diese offenen Debatten, entweder in unserer Partei oder auch im Deutschen Bundestag, wo Menschen über sehr persönliche Einschätzungen und Überzeugungen sprechen, geben anderen Menschen sehr viel Mut. Wenn wir über Zusammenhalt sprechen und die Frage: „Kann man in Würde in einem Land sterben?“, dann hat das mit Sicherheit etwas mit Zusammenhalt in der Gesellschaft zu tun. Dann Familie der Punkt, der Kern des gesellschaftlichen Lebens, in dem wir auch miteinander Zusammenhalt erfahren können. In der Familie werden Werte weitergegeben, von denen man sonst nicht erzwingen kann, dass die Gesellschaft sie weitergibt. Und deshalb stehe ich nach wie vor zu unserem Grundsatzprogramm: Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen. Sie ist der Ort, an dem Partnerschaft und Solidarität gelebt und der Sinn für Gerechtigkeit vermittelt wird. Und Familie sucht man sich nicht aus, in eine Familie wird man hineingeboren. Daraus erwächst, ohne dass ich mir bewusst etwas aussuchen kann, die dauerhafte Verantwortung, wie in unserer Definition beschrieben. Ich glaube, diese Dimension, die sollten wir auch nie aus dem Auge verlieren. Denn so wie ich mich dauerhaft für andere verantwortlich fühle, habe ich in einer Familie die Sicherheit, dass sich auch andere dauerhaft für mich verantwortlich fühlen. Und wir haben ja gerade auch über Momente der Schwäche gesprochen. Deshalb glaube ich, dass es richtig ist, dass wir sagen, dass wir auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften respektieren, dass wir wissen, dass auch in ihnen Werte gelebt werden, dass wir viel getan haben und tun, um Diskriminierung abzubauen. Gerade auch jetzt, in diesen Tagen haben wir wieder einen Gesetzentwurf eingebracht. Aber ich glaube, dass es auch richtig ist, ein Bekenntnis zu Ehe und Familie, so wie wir es seit langem verstehen, im Grundgesetz zu haben.

Wir haben sehr viel für Familien getan in der letzten Zeit, auch Dinge die durchaus kontrovers diskutiert wurden. Im Übrigen ist es eine langjährige Erfahrung in der Christlich-Demokratischen Union: Wann immer wir über Familie sprechen, ist eigentlich die Überzeugungstemperatur relativ hoch. Schon Mitte der 80er-Jahre ging das los mit der Wahlfreiheit der Frauen - lange Zeit vielleicht missverstanden in der Erwartung, dass die Frauen schon so wählen werden, wie die Männer sich das vorgestellt haben. Dann haben manche Frauen plötzlich doch anders gewählt, wollten doch Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dann gab es auch erbitterte Auseinandersetzungen unter den Frauen. Und heute ist es manchmal so, dass man wiederum für die, die sagen: „Ich möchte für die Erziehung der Kinder auch eine Weile zu Hause sein“, eine Lanze brechen muss, weil auch das natürlich zur Wahlfreiheit

gehört. Wahlfreiheit heißt die Freiheit zu wählen. Allerdings muss man sagen, zur Wahlfreiheit muss es natürlich auch die Bedingungen geben. Es ist schön, wenn ich sage: „Du hast Wahlfreiheit“, aber ich weiß dann nicht, was ich mit den Kindern mache, wenn sie aus der Schule kommen oder wenn sie noch nicht in die Schule gehen. Das heißt, ich finde es richtig, dass wir die Kitas ausgebaut haben, dass wir den Rechtsanspruch auf den Kindergartenplatz haben, den Rechtsanspruch auf den Kitaplatz, dass es mehr Ganztagsangebote in den Schulen gibt. Und dennoch ist es auch so - und das hat man in der Debatte zum Betreuungsgeld gemerkt - dass es durchaus nicht so werden darf, dass man sich rechtfertigen muss, wenn man ein unter dreijähriges Kind noch nicht in eine Kita gibt. Da gibt es eben unterschiedliche Vorstellungen. Und manche Debatte im Zusammenhang mit dem Betreuungsgeld hat mich dann doch ein wenig verwundert. Ich glaube, wir sollten als eine Partei, die den Zusammenhalt in der Gesellschaft lebt, die Dinge auch so handhaben, dass Wahlfreiheit wirklich Freiheit bedeutet. Und es ergibt sich auch in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine veränderte Rolle der Väter und der Großväter. Deshalb war es schon sehr interessant, dass im Zusammenhang mit dem Elterngeld, die Partnerschaftsmonate dann doch sehr intensiv genutzt werden - dass wir heute auch wissen, dass da wo die Frau mehr verdient als der Mann, durchaus auch Väter länger Elternzeit nehmen. Und ich glaube, das schadet unserer Gesellschaft nicht. Die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie darf sich ja nicht nur für Frauen stellen, sie muss sich für Eltern stellen. Und aus vielen Betrieben hören wir heute, dass die Frage der Zeit auch eine sehr wesentliche Frage der Arbeitsqualität, der Flexibilität, ist: Wie kann ich mit meinem Partner, mit meiner Frau oder meinem Mann die Zeit aufteilen? Wie können wir auch Zeit für Familien haben? Diese Fragen spielen eine andere Rolle und sind oft wichtiger als ein Dienstwagen – so hören wir es jedenfalls aus großen Automobilbetrieben. Und, ich glaube, dieser Trend wird sich fortsetzen.

Wenn es um Zusammenhalt in der Gesellschaft geht, haben wir viel über Integration gesprochen. Ich will heute den Fokus auf etwas lenken, was uns im Augenblick alle sehr beschäftigt. Das ist das Thema der Flüchtlinge - der Bürgerkriegsflüchtlinge, aber auch der Menschen, die glauben, dass sie aus wirtschaftlichen Gründen vielleicht besser bei uns leben wollen. Und hier haben die Kirchen eine ganz zentrale Rolle. Hier engagieren sich viele in den Kommunen und vorneweg: Ein ganz herzliches Dankeschön. Wir hatten vor wenigen Jahren 20.000-30.000 Asylbewerber, wir hatten letztes Jahr über 200.000. Die Schätzungen gehen in diesem Jahr auf 400.000. Das ist eine Aufgabe, die eine völlig ungeahnte Dimension angenommen hat. Deshalb haben wir, Bund und Länder, gestern auch zusammengesessen – in der vorigen Woche auch mit den Kommunen – und gesagt: Wir sind in dieser Frage in Deutschland schon eine Verantwortungsgemeinschaft. Das Thema

werden wir nicht damit lösen, dass wir aufeinander rumhacken und jedem vorwerfen, welche Aufgaben er nicht erfüllt hat. Das Thema können wir nur bewältigen, indem wir gemeinsam rangehen. Und da gibt es vieles zu bedenken, aber das, was wir als Grundsatz gesagt haben, ist: In Deutschland sollen die, die verfolgt werden, die Not leiden ein Recht auf Asyl haben - und damit auch ein Bleiberecht. Im Gegenzug sagen wir aber auch: Die, die diesen Anspruch nicht haben, müssen wieder in ihre Heimatländer zurückgeführt werden, damit wir unserem Anspruch gegenüber den wirklich Hilfesuchenden erfüllen können. Wir haben deutlich gemacht, dass natürlich die, die eine schlechte Bleibeperspektive haben, zu lange warten müssen, bis sie überhaupt mal Bescheid bekommen. Wenn sie schon in einer Kommune vor Ort integriert sind, wenn sie vielleicht Kinder haben und die Kinder in die Schule gehen, dann ist eine Entscheidung natürlich viel schwieriger zu bewältigen, als wenn man in sehr kurzer Frist entscheidet und sagt: Das ist hier nicht die richtige Alternative. Und deshalb wollen wir gerade bei Menschen, bei denen die Wahrscheinlichkeit, dass sie keine Bleibeperspektive haben, eine individuelle Prüfung durchführen, aber in sehr viel kürzerer Frist. Damit dann auch die Rückführung in die Heimatländer sehr viel schneller erfolgen kann und gar keine Integration vor Ort mehr stattfindet. Anders ist das für diejenigen, die eine gute Bleibeperspektive haben. Hier geht es darum, wirklich schnell die Integration voranzubringen. Deshalb wird der Bund für Flüchtlinge mit einer guten Perspektive auf ein Bleiberecht Sprachkurse mit 300 Stunden, später dann mit 600 Stunden, von Anbeginn an öffnen. Deshalb wird die Bundesagentur für Arbeit von Anfang an schauen, ob man hier nicht gleich ein Ausbildungsprogramm anschließen kann, welche Fähigkeiten, welche Qualifikationen da sind. Von der Frage, wie wir das organisieren – nebenbei auch von der Frage, wie wir auch zusätzlich Wohnraum schaffen - wird sehr viel abhängen. Wir haben uns jetzt zwischen Bund und Ländern verständigt, dass wir erst einmal die Soforthilfe, die der Bund in Höhe von 500 Millionen gegeben hat sowie die 250 Millionen direktes Bundesgeld, 250 Millionen der Länder und das Geld aus dem Fluthilfefonds - bei dem eine sehr gute, sehr lange Rückzahlungsfrist verfügbar ist – dass wir diesen Teil von 2016 vorziehen. Damit können wir die Hilfe für dieses Jahr verdoppeln und dann bis zum Herbst - also noch rechtzeitig, dass es 2016 in Kraft treten kann - überlegen, welchen strukturellen Beitrag der Bund übernehmen kann. Und dieser Beitrag - das war der Wunsch der Länder und der Bund hat dem zugestimmt - sollte nicht nur strukturell sein, sondern sollte auch mit der Zahl der Flüchtlinge die kommen, abhängen. Denn je größer die Belastung durch mehr Flüchtlinge ist, umso mehr müssen die verschiedenen Ebenen auch damit zu tun haben.

Damit ist die Situation aber noch nicht abschließend geklärt. Wir müssen jetzt in Europa diskutieren und das ist für Europa eine riesige Herausforderung,

mit Fragen wie: „Haben wir eine gerechte Lastenverteilung?“ Diese Debatten werden die Innenminister nächste Woche wieder führen. Das ist schwierig. Wir haben uns dann konzentriert auf die Seenotrettung nach den schrecklichen Bildern von untergegangenen Schiffen mit vielen Flüchtlingen im Mittelmeer. Die Soldaten der deutschen Marine auf den zwei Schiffen haben inzwischen in wenigen Wochen 4.000 Menschen das Leben gerettet – 4.000 Menschen. Ich habe gestern im Deutschen Bundestag den Soldatinnen und Soldaten für diese Arbeit gedankt. Das konnten sie sich als Marinesoldaten nicht ausmalen, dass sie jetzt in einer solchen Mission tätig sind.

Wir müssen außerdem Fluchtursachen bekämpfen. Und da darf ich ihnen sagen, dass wir allein für die nächsten Jahre 8,3 Milliarden Euro mehr in die Entwicklungshilfe geben. Das Geld allein wird die Fluchtursache aber noch nicht bekämpfen. Wir müssen sicherlich auch darüber nachdenken, wie wir das in die Länder geben und welche Anforderungen wir auch an die Länder stellen. Wir haben ja im Augenblick das Phänomen - jetzt springe ich zu den Ländern des westlichen Balkans, die ja auch viel Unterstützung von uns bekommen - diese Länder führen zum Teil Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union. Um überhaupt den Status eines Beitrittslandes zu bekommen, müssen grundsätzliche menschenrechtliche Bedingungen erfüllt sein. Menschen aus diesen Ländern sollten eigentlich kein Anrecht auf Asyl haben, weil man gar nicht Mitglied der Europäischen Union werden kann, wenn man nicht grundsätzliche Menschenrechtsstandards akzeptiert. Und so müssen wir uns auch fragen, ob es richtig ist, dass wir Entwicklungshilfe leisten, auch wenn wir gleichzeitig sehen, dass von der Regierungsführung her erhebliche Differenzen bestehen. Wir wissen, dass Entwicklungshilfe mit gutem Grund von Außenpolitik entkoppelt ist. Aber wir müssen mit den Verantwortlichen in den Ländern darüber sprechen, dass es nicht richtig sein kann, dass Menschen, die 10.000, 15.000 Euro aufbringen können – und ja damit nicht zu den Ärmsten der Armen gehören, sondern Familien sind, in denen auch ein Stück Wohlstand erarbeitet wurde - dass diese dann sofort das Land verlassen und nach Europa gehen. Das kann für den Wohlstand dieser Länder und für die Entwicklung nicht richtig sein. Deshalb macht die Europäische Union im Herbst auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs einen Gipfel mit den Vertretern der Afrikanischen Union, die von diesen Fluchtbewegungen besonders betroffen sind, damit wir eine gemeinsame Diskussion führen können.

Meine Damen und Herren, wir sind ja in einer Zeit, in der wir spüren, dass die Zahl der Konflikte nicht abnimmt, sondern zunimmt. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, das was sich da in der Ukraine, in Lugansk und Donezk abspielt, das sind Dinge, die hätten wir uns vor ein paar Jahren nicht vorstellen können – und, ich glaube, es ist auch richtig, dass wir gesagt haben,

darauf müssen wir reagieren. Es gibt hier nur eine politische Lösung, davon bin ich zutiefst überzeugt. Das Minsker Maßnahmenpaket ist die politische Lösung, an der wir weiter arbeiten sollten, sei es auch noch so mühselig. Und wir haben jetzt die Verlängerung der Sanktionen gegenüber Russland auch mit der Erfüllung dieses Minsker Pakets verknüpft. Ich glaube, das ist auch sachgerecht.

Wir haben auch die großen Auseinandersetzungen mit terroristischen Organisationen, insbesondere mit IS. Aber wir sehen auch, was in Nigeria passiert, mit Boko Haram. Bei dem G7-Treffen habe ich den Ministerpräsidenten des Irak, den Präsidenten aus Tunesien und den Präsidenten aus Nigeria eingeladen. Bei der Begutachtung mit Boko Haram und IS kann man sagen, das sind beides Mal hochideologische, brutale, terroristische Organisationen, die mit der Würde des Menschen unvereinbare Dinge durchführen. Und diese Brutalität, die erschreckt uns. Aber, wenn man ehrlich ist, haben wir auch noch keine Antwort darauf gefunden, wie wir das Ganze zum Erliegen bringen. Das werden wir auch nur mit den Ländern in der Region schaffen. Und wir müssen uns eingestehen - und das finde ich, ist das Schwierigste: Viele der Kämpfer und zum Teil die brutalsten, kommen aus unseren Ländern, aus den Ländern der G7-Staaten, aus den Ländern der Europäischen Union. Und sie gefährden dort die Situation, aber sie gefährden bei eventueller Rückkehr auch unsere innere Situation. Deshalb können wir uns aus dieser Sache auch nicht raushalten. Und deshalb war es auch richtig, dass wir etwas gemacht haben, was Deutschland über Jahrzehnte nicht gemacht hat, nämlich den Peschmerga - und damit der Irakischen Regierung - Waffen geliefert, um den Jesiden und auch anderen Menschen im Kampf gegen den IS zu helfen. Und damit tragen wir Verantwortung. Wir sind jetzt auch weiter in der Ausbildung von Soldaten. Und wir wissen, wir müssen politisch alles tun, um den syrischen Bürgerkrieg zum Ende zu bringen, denn der destabilisiert ganze Länder - Jordanien, Libanon. Es gibt Millionen Flüchtlinge in der Türkei. Und wir müssen alles daran setzen, der Bundesaußenminister hat das auch durch ein Treffen mit den Vertretern der libyschen Regierung getan, damit aus Libyen wieder ein Staat wird. Das hat ja auch viel mit den Flüchtlingsbewegungen zu tun, denen wir uns gegenüber sehen.

Wir haben auch innerhalb der Europäischen Union unsere Hausaufgaben zu machen und unsere Entscheidungen zu treffen. Da steht natürlich im Augenblick im Zusammenhang mit der Eurozone das Thema Griechenland ganz oben auf der Agenda, weil am 30. Juni das zweite Rettungsprogramm ausläuft. Ich habe immer wieder gesagt, der Euro ist mehr als nur eine Währung. Aber wir haben auch gesagt - und damit sind wir gut gefahren im Fall von Spanien, von Portugal, von Irland, von Zypern - dass wir dann

Solidarität zeigen, wenn auch eigene Anstrengungen der Länder, das jeweilige Land auf einen nachhaltigen, vernünftigen Entwicklungspfad zurückzubringen, sichtbar sind. Und deshalb sind wir auch im Fall von Griechenland davon überzeugt, dass die Bedingungen des zweiten Programms umgesetzt werden müssen und dass die Lage von den drei Institutionen Europäische Zentralbank, Kommission und IWF bewertet werden muss. Sie haben gehört, dass am Montag ein Gipfel der Staats- und Regierungschefs ist. Da will ich ganz klar zu der Erwartung sagen: Ein solcher Gipfel kann am Montag nur dann ein Entscheidungsgipfel werden, wenn es auch eine Entscheidungsgrundlage gibt. Und das ist die Bewertung der drei Institutionen, die liegt bislang nicht vor. Und diese Bewertungsgrundlage wird dann wieder nach dem Prinzip Solidarität gegen Eigenverantwortung – Leistung und Gegenleistung – erfolgen. Wenn am Montag eine solche Entscheidungsgrundlage nicht vorliegt, dann kann der Gipfel am Montag kein Entscheidungsgipfel sein. Dann ist der ein Beratungsgipfel. Und dann müssen wir auf die Entscheidungsgrundlage warten. So ist das. Aber ich glaube, dass es richtig ist, wenn wir diesem Prinzip folgen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde vom EAK, abschließend noch ein Wort zu dem G7-Gipfel. Ich hab im Zusammenhang mit den internationalen Konflikten schon darüber gesprochen. Dieses Jahr ist ein wichtiges Jahr, was gerade auch für evangelische Christen von großer Bedeutung ist: Klimaschutzkonferenz, nachhaltige Entwicklungsziele, der große Gipfel im September kurz vor der UN-Vollversammlung. Der Papst wird dort sprechen und es wird eine umfassende Diskussion zu den zukünftigen Entwicklungszielen geben. Im Dezember haben wir die Klimaschutzkonferenz in Paris. Wir haben versucht, als Präsidentschaft der G7, in Elmau auch Beiträge der großen Industrienationen zu diesen Themen zu liefern und, ich glaube, wir waren da ganz erfolgreich. Wir haben uns klar zum Zwei-Grad-Ziel bekannt, ein wichtiges Bekenntnis im Hinblick auf eine erfolgreiche Klimakonferenz. Aber genauso wichtig wird die Finanzierungsfrage für die Entwicklungsländer sein. Wir hatten bereits in Kopenhagen 100 Milliarden Euro ab 2020 als Leistung pro Jahr für die Bekämpfung der Klimafolgen, die es schon in vielen Ländern gibt, zugesagt. Wir wollen auch bei den bilateralen Handelsabkommen weiter vorankommen, sowohl was das Handelsabkommen mit Kanada angeht, mit Japan, aber eben auch mit den USA. Und wir erleben, dass wir bei all dem weltweit gute Partnerschaft brauchen. Und wir erleben auch, dass wir dann besonders stark darin sind, unsere Werte und unsere Vorstellungen durchzusetzen, wenn wir international zusammenhalten - in der Europäischen Union oder unter den G7 - aber wenn wir natürlich auch ökonomisch wachsen. Da ist die Situation im Augenblick recht gut. Aber wir müssen durch Innovation, durch Bildung immer wieder dazu beitragen, dass das auch so bleibt. Das ist keine Selbstverständlichkeit.

Denn wenn Menschen Arbeit haben, wenn Menschen Sicherheit haben, wenn Familien Sicherheit haben, wenn die sozialen Sicherungssysteme ordentlich gefüllt sind, dann kann man auch besser sagen: „Wir sind erfolgreich“. Deshalb können wir für unsere Werte auch noch nachdrücklicher eintreten. Deshalb hat der Zusammenhalt unserer Gesellschaft auch sehr viel damit zu tun, dass es uns ökonomisch gut geht. Im Übrigen könnten wir sonst auch nicht für andere Länder, die unsere Hilfe dringend brauchen, so viel Hilfe leisten.

Ich danke Ihnen für Ihre Arbeit, für Ihre Beiträge in all dem, was ich hier eben aufgezählt habe. Es zeichnet Sie aus, dass Sie bei aller Vielfalt der Themen sich immer Zeit nehmen, ein Thema auch wirklich in der Tiefe zu bearbeiten. Manchmal vermisse ich heute eine solche Tiefgründigkeit. Deshalb ist es gut, dass es Gruppen und Organisationen wie den Evangelischen Arbeitskreis gibt, die stolz darauf sind, sich mal zwei Tage mit dem gleichen Thema zu beschäftigen und dann vielleicht nach Hause fahren und sagen: „Jetzt müssen wir immer noch weiter nachdenken und haben immer noch keine abschließende Antwort.“ Denn auch das ist ja eine Fiktion, dass man auf jede Frage, die in der Welt aufkommt, sofort eine Antwort hat. Manchmal muss man einfach nachdenken, diskutieren, sich austauschen, Fachleute befragen. Und deshalb möchte ich Sie ermuntern, das auch auf der diesjährigen Tagung intensiv zu tun und gleichzeitig einen guten Zusammenhalt zu zeigen. Danke, dass Sie mich eingeladen haben.